



Niederschrift

62. Plenarsitzung des Gemeinderates
19. März 2024, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 12.1 der Tagesordnung: Regionalplan Mittlerer Oberrhein; Teilfortschreibung "Solar-energie"

Vorlage: 2024/0042

Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt der Planung des Regionalverbands zur Fortschreibung des Regionalplankapitels 4.2.5 „Erneuerbare Energien“ - Plansätze 4.2.5.1 „Allgemeine Grundsätze“ und 4.2.5.3 „Vorbehaltsgebiete für regionalbedeutsame Photovoltaik-Freiflächenanlagen“ und der Ausweisung von Vorranggebieten zu. Er beauftragt die Verwaltung eine Stellungnahme gegenüber dem Regionalverband entsprechend den Erläuterungen abzugeben.
2. Der Gemeinderat beschließt, fünf weitere Gebiete gemäß Ziffer VI. der Vorlage zur Ausweisung als Vorranggebiete für Freiflächensolaranlagen im Regionalplan vorzuschlagen.
3. Der Gemeinderat stimmt der Stellungnahme der Planungsstelle des Nachbarschaftsverbandes Karlsruhe zur Fortschreibung des Regionalplankapitels (gemäß Anlage 5) zu. Er beauftragt Herrn Oberbürgermeister Dr. Mentrup, die Position der Stadt Karlsruhe in der Verbandsversammlung des Nachbarschaftsverbands am 15. April 2024 zu vertreten.

Abstimmungsergebnis:

Beschlussvorlage (neue Fassung): mehrheitlich zugestimmt (39 JA, 3 Nein)

Mündlicher Änderungsantrag: mehrheitlich abgelehnt (3 JA, 37 Nein)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 12.1 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung in gemeinsamer Sitzung von Planungsausschuss und Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 14. März 2024.

Auf Wunsch aus Ihren Runden und weil wir sonst auch, glaube ich, durcheinander kommen, würde ich das jetzt getrennt zur Diskussion stellen und auch zur Abstimmung. Sie können dann gucken. Falls Sie sich auf drei Minuten für beides eingestellt haben, können

Sie es so verteilen, dass Sie dennoch die drei Minuten nicht überschreiten als Summe. Dann ist auch allen am Ende gedient.

Ich rufe jetzt deswegen auf nur die Teilfortschreibung Solarenergie 12.1 und da vielleicht im Vorfeld noch Herr Ortsvorsteher Gartner.

Ortsvorsteher Gartner (OV Stupferich): Wir hatten das Thema letzte Woche in der Ortschaftsratssitzung und waren etwas verwundert, dass es nur eine Anhörung sein soll. Wir hätten uns natürlich gewünscht, dass wir als örtliches Gremium bei so einer einschneidenden Maßnahme auch einen Beschluss fassen dürfen, ob wir es wollen oder nicht. Deswegen ist es mir wichtig, vielleicht heute den Fraktionen ein bisschen was mit auf den Weg zu geben, denn Sie legen immer großen Wert auf die Meinung der Ortschaftsräte. Es war von der Stimmungslage her so, dass natürlich auch ein paar Befürworter dabei waren, aber die Mehrheit hätte es bei einer Abstimmung wahrscheinlich abgelehnt. Wir haben bei dieser Fläche schon vor vielen Jahren die Wirtschaftsförderung gebeten, mit uns Hand in Hand die Fläche vielleicht auszuweisen als Gewerbegebiet, da sie zum einen direkt an der Autobahn liegt und somit ein sehr unnützlich Gelände ist, und zudem noch gegenüber dem Gewerbegebiet Winterrot, in Palmbach und Ochsenstraße in Stupferich, so eine Gesamtheit Gewerbebetriebe bilden könnte. Das war der eine Vorschlag. Der andere Vorschlag, da kam jetzt am Mittwoch in der Sitzung zustande, ob man die Fläche nicht auch als Ausgleichsfläche für unsere Gänsberg-Wohnfläche nehmen könnte. Dort könnte man natürlich auch diese Flachsmarkt-Mähwiesen unter Umständen ersetzen oder auch sonstige Öko-Punkte einsammeln. Deswegen würde ich darum bitten, dass wir es in unserem Sinne aus der Kulisse der Vorschläge herausnehmen.

Der Vorsitzende: Ich würde Ihnen zu Vorschlägen, die aus den Ortschaftsräten kommen, vorschlagen, dass wir die einfach unserer Stellungnahme anfügen als Position aus den Ortschaftsräten. Es gibt eine Ausnahme, die sich jetzt im Antrag der GRÜNEN wiederfindet. Da müssen wir an der Stelle aus unserer Sicht auch zu einer Entscheidung kommen. Aber alle anderen abweichenden oder ergänzenden Anmerkungen aus den Ortschaftsräten würden wir einfach als entsprechende Rückmeldung sozusagen und als Teilstellungnahme aus den Ortschaftsräten einfach unserer Stellungnahme anfügen. Ich glaube, dass das sinnvoller ist, als dass wir jetzt beginnen, darüber zu debattieren, ohne jetzt genau die Hintergründe und so zu wissen. Das wäre der Vorschlag, den ich hier an dieser Stelle hätte dazu.

(Zuruf: Vielleicht kann der Kollege Gartner noch kurz konkretisieren, um welche Fläche es sich handelt.)

Der Vorsitzende: Das wäre noch meine Bitte. Wir haben die Flächen nicht verstanden.

Ortsvorsteher Gartner (OV Stupferich): Das ist die Fläche, das steht auch irrtümlich im Antrag unter Palmbach, aber das passiert oft, oberhalb der Autobahn ist noch ein Stück weit Stupferich. Das ist genau die Fläche bei dem Park-and-Ride-Platz an der Autobahn. Der Straße entlang ist der Park—and-Ride-Platz, und die rückwärtige Fläche bis hoch zu diesem Grillplatz, das ist die Fläche, die vorgeschlagen wurde.

Der Vorsitzende: Es geht darum, eine Fläche herauszunehmen. Sie haben es zwar nicht abgestimmt, aber wir glauben, dass der Ortschaftsrat so diskutiert hat, und dann würden wir das der Stellungnahme der Stadt an dieser Stelle einfach anfügen, aber nicht als Teil des

Beschlusses des Gemeinderats. Das wäre mein Vorschlag, wie wir damit verfahren. Gibt es jetzt dazu Äußerungen?

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Dann möchte ich tatsächlich inhaltlich in einer gewissen Art und Weise widersprechen. Wenn der jeweilige Ortschaftsrat tatsächlich darüber abgestimmt hat und damit demokratisch legitimiert und repräsentativ ein Ergebnis herausgekommen ist, dann ist es nachvollziehbar, dass es an die Stellungnahme angefügt wird. Wenn aber nur darüber geredet wurde und sozusagen diese Position in den Raum gestellt wurde und halt nicht klar ist, dass darüber ein Beschluss vorliegt, dann finde ich das schwierig, wenn Sie seitens der Stadt das dann übernehmen. Das weiß ich jetzt in dem konkreten Falle nicht. Ich weiß auch nicht, wie das dann in anderen Ortschaftsräten beraten wurde. Aber das wäre für mich dann schon notwendig, dass darüber ein Beschluss herbeigeführt wurde und falls es irgendwie möglich ist, das gegebenenfalls noch nachgeholt werden könnte, wenn dem nicht so ist.

Der Vorsitzende: Ich schlage Ihnen vor, dass wir es genauso formulieren, wie es dort stattgefunden hat, dass wir hier zum Beispiel anfügen, dass diese Flächen sehr kritisch diskutiert wurden aus den und den Gründen. Dann kann der Ortschaftsrat sich das nächste Mal überlegen, ob er darüber nochmal abstimmt. Dann kann man auch das noch hinterherschicken. Aber ich würde nur das wiedergeben, wie es im Ortschaftsrat stattgefunden hat, und dann, glaube ich, ist das okay. Es trägt zur Transparenz bei. Wie dann der Regionalverband damit verfährt, kann er sich immer noch überlegen. Das wäre jetzt mein Vorschlag zum Verfahren.

Wir haben noch einen anderen Punkt, den hatte ich angesprochen, den können wir aber anders behandeln. Das ist der einzige Punkt, nach meinem Kenntnisstand, der auf diese Weise dann verarbeitet werden könnte oder sollte.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Zu Ihrem Vorschlag würde ich nur sagen, einverstanden. In der Hauptsache möchte ich nachher natürlich noch was aussagen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Herr Oberbürgermeister, wir sind beide in der Vollversammlung vom Regionalverband. Sie wissen auch, dass es so nicht läuft, wie Sie es gerade gesagt haben. Der Regionalverband will von uns eine Stellungnahme haben. Da können wir nicht sagen, aber bei der Sache wurde das in dem einen Gremium kontrovers diskutiert, sondern wir müssen sagen Ja oder Nein, so sehe ich das, und nicht vielleicht.

Der Vorsitzende: Ich weiß nicht, wie weit das ausdiskutiert wurde, aber meines Wissens wurde angeregt, dass das, was in den Ortschaftsräten kritisch diskutiert wird und zu einer Veränderung der Stellungnahme der Stadt führen soll, dann hier in den Gemeinderat als Beschlussvorschlag eingebracht wird. Das haben die GRÜNEN mit dem einen Vorschlag gemacht. Aus allen anderen Ortschaftsratsitzungen kenne ich das jetzt nicht. Das ist die Situation. Und ich glaube schon, die Alternative wäre, dass wir jetzt genau über diese Flächen diskutieren. Da bin ich jetzt aber überfordert.

Wir haben noch eine Fläche, die betrifft Grötzingen. Da wissen wir gar nicht genau, warum eigentlich der Regionalverband es rausgenommen hat und der Ortschaftsrat sagt, er möchte es wieder drin haben. Das ist sozusagen formal hier richtig angemeldet. Darauf konnten Sie sich vorbereiten. Wir haben dazu eine Stellungnahme gemacht. Das halte ich

heute für abstimmungsreif. Alles andere, Herr Dr. Schmidt, halte ich im Moment für nicht sinnvoll. Insofern würde ich bitten, dass wir diesen Weg jetzt gehen und dass damit ein Stück weit wieder das auch in die Gesamtbetrachtung des Regionalverbandes übertragen wird und dass es aber vor allem transparent wird, dass es hier vor Ort erhebliche Bedenken an dieser Stelle gibt. Sie können gerne dort den Beschluss noch mal nachholen, dann jagen wir den noch mal hinterher.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich möchte jetzt gerne den Ergänzungsantrag stellen, diese Fläche aus Stupferich mit aufzunehmen. Wenn wir die Fläche aus Grötzingen nehmen und uns dafür aussprechen, muss es auch möglich sein, die Fläche aus Stupferich aufzunehmen und uns dagegen auszusprechen.

Der Vorsitzende: Gut, dann haben Sie diesen Änderungsantrag gestellt, dann werden wir den nachher abstimmen. Jetzt machen wir erstmal die allgemeine Debatte. Wir sind jetzt im Moment nur bei der Solarenergie, nur dass wir das noch mal klar haben.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Dann ein bisschen Rückenwind für die Solarenergie. Das war eigentlich die Ausgangssituation, wie wir die Vorlage vorberaten hatten, wie wir sie auch im Planungsausschuss zur Kenntnis bekommen hatten, weil an der Stelle die Stadt ein ganz klar positives Signal dazu aussendet, die Klimaschutzziele von Bund und Land einzuhalten und auch ihren Beitrag zu erfüllen. Das möchten wir ausdrücklich loben und unterstützen, denn die Flächenkulisse des Regionalverbands für die Vorranggebiete für die Solarenergie hat nur knapp 0,1 Prozent der Gebietsfläche ausgewiesen. Das Flächenziel ist bei 0,2 Prozent für die Solarenergie. Durch die Nachlieferung von Flächen durch die Stadt, die auch durch die KEK vorgeprüft wurden, wo Potenziale untersucht wurden, von den Stadtwerken wurden auch noch Flächen voruntersucht, dadurch schaffen wir es jetzt, diesen Zielwert von 0,2 Prozent zu erreichen, vorbehaltlich irgendwelcher Änderungen, die jetzt noch relativ frisch aufgekommen sind, die wir am Ende nicht gutheißen, weil wir an der Stelle wirklich die Potenziale in den Flächen sehen, auch unsere Verantwortung sehen und auch vor allem sehen, dass wir jetzt Vorranggebiete in einem Regionalplan ausweisen. Das bedeutet, dass dort keine Nutzungen untergebracht werden dürfen, die sozusagen schädlich für das eigentliche Vorrangvorhaben, die Solarenergie an der Stelle, sind. Das bedeutet aber natürlich nicht zwangsläufig, dass diese Fläche mit Beschluss des Regionalplans sofort entwickelt wird, sondern das ist ein Potenzial, das wir bestmöglich ausnutzen sollten, bei dem wir aber keine Garantie haben, dass es am Ende auch passiert. Deswegen ist es grundsätzlich, wenn es um Potenziale geht, natürlich nicht verkehrt, dort eher auch ein bisschen mehr anzubieten. Aber wir bieten jetzt genau unser Mindestmaß an, das ist in einem städtischen Raum durchaus eine Herausforderung, weil einfach deutlich mehr Fläche sowieso schon belegt ist.

Deswegen begrüßen wir das Vorgehen der Verwaltung, an der Stelle diese Flächenkulisse zu erweitern, und unterstützen jetzt bei der Stellungnahme zum Teilregionalplan Solarenergie die Stellungnahme uneingeschränkt mit den dort vorgesehenen 0,2 Prozent der Gebietsfläche, so wie es Bundes- und Landesklimaschutzgesetze von uns einfordern insgesamt.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Die CDU unterstützt alle sinnvollen Maßnahmen zur Gewinnung regenerativer Energien. Wenn ich es richtig überblicke, und da ist jetzt Stupferich doch eine Ausnahme, die uns eigentlich auch von der Verwaltung rechtzeitig hätte

widergespiegelt werden können, sind alle Ortschaftsräte relativ einstimmig dem Votum gefolgt und haben der Teilfortschreibung zugesprochen. Nach Vorgabe der Landesplanung waren Vorranggebiete, das hat der Kollege richtig ausgeführt, für besondere Eignung zur Solarenergie auszuweisen. Es ist deshalb aber auch sachdienlich, wenn beispielsweise von Stupferich Anregungen eingetragen werden, aber auch in der Vorlage selbst sind Gebiete angesprochen, die wohl erörtert, aber noch nicht abschließend beschieden worden sind und die durchaus auch vom Regionalverband, Herr Kollege Dr. Schmidt, nachträglich noch bewertet werden können. Das ist doch kein Ausschluss in dieser Diskussion.

Deshalb gebe ich gerne jetzt für meine Fraktion zu Protokoll, dass der Regionalverband durchaus beispielsweise zum Thema Deponie West noch einmal nachdenken kann, die Fritschlach in gleicher Weise. Da ist die etwas negative Beschreibung in der Verwaltungsvorlage noch nicht gesetzt und in Stein gemeißelt. Die Deponie West, natürlich gibt es Konflikte mit Wind, aber wir sehen eigentlich technisch keinen Ausschlussgrund. Das müssen wir uns noch mal anschauen. Und einzelne Streuobstbäume in der Fritschlach sehen wir eigentlich in gleicher Weise nicht als Ausschluss für so eine Planung. Vielleicht auch noch mal ganz grundsätzlich auch zu Stupferich angemerkt, Solarprojekte entlang der Autobahn bedürfen keiner besonderen Aufnahme in den Regionalplan. Sie sind per Bundesgesetz Vorrangfläche. Da rege ich jetzt auch bei der Verwaltung an, dass wir mutig und wirklich mit großem Erfolgswillen an diese Flächen schnell rangehen.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Auch meine Fraktion freut sich über die Vorlage heute. Wir kriegen einmal mehr die Chance zu zeigen, dass wir in Karlsruhe die Energiewende sehr ernst nehmen und damit natürlich auch den Klimaschutz. Es ist eine immense Herausforderung, der Kollege Löffler hat es schon gesagt, vor allem als Ballungsgebiet diese Flächen auszuweisen. Wir sind wirklich stolz, dass wir es geschafft haben, auch durch das Zutun der Verwaltung, also nicht nur durch den Regionalverband - wir waren bei deutlich kleineren Flächen, ich glaube, 0,09 Prozent-Ausweisung -, durch diese zusätzlichen Flächen, die noch ausgewiesen sind, auf diese 0,2 Prozent zu kommen, was Landesziel ist. Es ist schon sehr bemerkenswert, als Stadt das Landesziel schon alleine zu erreichen auf unserer Gemarkung. Wir hoffen, dass die Kolleginnen und Kollegen des Regionalverbands sich davon etwas motivieren lassen und auch nochmal auf die Suche gehen und schauen, dass wir das Landesziel bei uns in der Region nicht nur erreichen, sondern sogar überspringen können.

Jetzt bin ich und wir als Fraktion ehrlich gesagt etwas auf dem kalten Fuß erwischt worden mit dieser Stupfericher Fläche. Wir kannten die Diskussion nicht. Wir haben es auch leider im Planungsausschuss im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit letzte Woche nicht diskutiert. Ich war zwar selbst nicht da, aber habe mir sagen lassen, dass es da nicht diskutiert wurde. Jetzt könnte man darüber philosophieren, warum diese Information nicht in den Ausschuss gekommen ist, das hätte sicherlich geholfen. Wir sind jetzt ehrlich gesagt auch ein bisschen überfragt, was wir damit machen. Deswegen würden wir uns jetzt dem Vorgehen des Herrn Oberbürgermeisters anschließen, zu sagen, wir stellen sehr transparent dar, wie es diskutiert wurde in der Stellungnahme und müssen dann halt gucken, wie es weitergeht mit dieser Fläche. Aber jetzt quasi als Schnellschuss die Fläche rauszunehmen, und wir sind wirklich auch eine Fraktion, die sich immer sehr stark an die Voten des Ortschaftsrats bindet, aber an der Stelle, wo wir auch nicht dieses klare Votum haben, ist es für uns schwierig.

Die Anhörung als Instrument, und das kann ich jetzt als Ortsvorsteher kurz sagen, ist immer schwierig, weil wir die Anhörung in der Regel auch nicht mit einer Abstimmung abschließen, sondern wenn ich eine Anhörung mache, dann sammle ich die Statements der Fraktionen ein und verfasse eine Stellungnahme und gebe die weiter. Also das vielleicht, Herr Kollege Löffler, als kleine Lektion der Ortschaftsräte, deswegen ist es nicht verwunderlich, dass es hier kein Votum gibt. Aber nichtsdestotrotz ist es jetzt schwierig, aus einer allgemeinen Diskussion, die in der Anhörung ist, ein Votum abzuleiten, den wir uns als Gemeinderat binden. Deswegen denke ich, ist das Vorgehen wie vorgeschlagen an der Stelle ganz gut. Mit den anderen Flächen sind wir höchst zufrieden, habe ich, glaube ich, schon zum Ausdruck gebracht, und damit schließe ich.

Stadtrat Høyem (FDP): Solarenergie ist sehr oft eine unglaublich vernünftige Energieform, besonders wenn es wirklich gut geplant ist. Ich war dieses Wochenende in Bayern, und ich muss sagen, man kann nahezu nicht nach Bayern kommen, ohne Solarflächen, Solarflächen, Solarflächen zu sehen. Die haben das früher gemacht und früher als wir, glücklicherweise, weil heutzutage hat man moderne Solarenergie, die nicht direkt im Kampf mit den Flächen, die für Landwirtschaft notwendig sind, stehen. Jetzt kann man das kombinieren. Wir haben hier eine Stellungnahme. Wir stimmen dieser Stellungnahme zu. Und wir hoffen, dass es ein bisschen dauert, sodass die meisten modernen Methoden benutzt werden können, die auch vereinbar sind mit der Landschaftspflege und mit der Landwirtschaft.

Stadtrat Wenzel (FWJFÜR): Grundsätzlich kann ich mich der Meinung meines Vorredners anschließen. Die Vorlage der Teilfortschreibung Solarenergie mit den zwei Vorzugsflächen auf den Deponien sind sehr sinnvoll. Bei den anderen zusätzlichen Flächen sollte man beachten, was ist landwirtschaftlich machbar, was ist umsetzbar. Solarenergie und Landwirtschaft kann man kombinieren. Die Bedenken, die der Ortsvorsteher Gartner aus Stupferich hat, sollten auf jeden Fall in unserer Stellungnahme hinzugefügt werden, weil ich denke, das wäre fair, dass man darüber Bescheid weiß. Aber es heißt immer noch nicht, dass es dann auch umgesetzt wird. Anders wie beim Thema, was danach kommt, werden wir dann das hier so als Fraktion auch mittragen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Soweit ich das mitbekommen habe, sind die Probleme, die der Stupfericher Ortschaftsrat hat, mit dieser Fläche nicht vorher besprochen worden. Ich habe es heute auch zum ersten Mal mitbekommen, muss ich zugeben. Aber wenn jetzt aus dem Ortschaftsrat berichtet wird, dass es eine Mehrheit gibt, die das Ganze kritisch sieht, dann finde ich, sollten wir hier im Gemeinderat es so halten, wie in der Vergangenheit auch, die Position des Ortschaftsrats unterstützen. Deswegen habe ich eben spontan diesen Änderungsantrag gestellt. Ich weiß, ich bin jetzt schon seit fast zehn Jahren im Regionalverband und auch im Planungsausschuss, es geht jetzt genau darum, dass wir hier als Gemeinde eine Stellungnahme abgeben zu den einzelnen Flächen. Jetzt ist die Gelegenheit zu sagen, wir sind mit allem einverstanden, aber wir wollen nicht, dass die Fläche in Stupferich jetzt als Vorrangfläche für Freiflächen-Photovoltaik benutzt wird, weil nämlich das jede andere Nutzung, zum Beispiel auch die, die der Herr Gartner gerade vorgeschlagen hat, nämlich als Industriegebiet ausschließt. Das heißt, wir hätten jetzt die Chance, dem Stupfericher Ortschaftsrat beizuspringen und zu sagen, was ihr wollt, nehmen wir ernst. Wir wollen nicht, dass diese Fläche der Photovoltaik vorbehalten bleibt, sondern wir wollen, dass damit andere Dinge gemacht werden in Zukunft. Deswegen habe ich den Änderungsantrag gestellt, und ich meine, wir sollten einfach nur über die Sache abstimmen. Wenn wir an der Stelle gemeinsam das Anliegen aus Stupferich verwirklichen und umsetzen in unserer

Stellungnahme, dann würden wir dem Ganzen insgesamt zustimmen. Anders könnten wir dem Ganzen nicht zustimmen. Also noch mal, ich appelliere jetzt nochmal an die Kollegen hier, hier war nichts vorher abgesprochen. Für mich war es genauso überraschend, aber ich finde, wir sollten dem Anliegen, was aus dem Ortschaftsrat in Stupferich gekommen ist, hier Gehör schenken und das Ganze umsetzen. Ich meine, wir sind immerhin eine Stadt. Die ganzen anderen Gemeinden werden auch gefragt, was ist mit den Gebieten, die wir euch zugedacht haben als Freiflächen-Photovoltaik. Und in einem ländlichen Raum wird man viel eher in der Lage sein, Flächen für Freiflächen-Photovoltaik zur Verfügung zu stellen als hier in der Stadt. Ich glaube, dass wenn wir diese Fläche rausnehmen, mit der Begründung, nebensächlich ist schon Industriegebiet oder Gewerbegebiet, und wir wollen die Möglichkeit haben, hier eins zu entwickeln in Zukunft, dass man uns als Stadt Karlsruhe, als Oberzentrum, dem praktisch folgen wird, sodass wir es umsetzen können im Regionalverband.

Bürgermeister Fluhrer: Wenn wir im Planungsausschuss den Rücklauf vom Ortschaftsrat schon bekommen hätten, hätten Sie natürlich den auch just in time berichtet bekommen. Wir wussten es selbst auch noch nicht. Es gibt da auch ein differenziertes Meinungsbild. Tatsächlich ist es aber so, das ist eine der Fläche, die wir als Stadt zusätzlich eingespielt haben in die Diskussion. Und diese Fläche speziell, das haben wir auch ausgedrückt, hätte die Privilegierung, weil es an der Autobahn liegt. Das heißt, faktisch ist es so, dass diese Solarflächen dann eine zukünftige gewerbliche Nutzung auch verhindern würden, weil die Solarflächen prioritär wären. Das heißt, wenn man den Gedanken aus Stupferich aufnimmt und tatsächlich eine gewerbliche Planung vorsehen würde perspektivisch, dann müsste man es eigentlich rausnehmen im Moment und sagen, dann muss das Gewerbegebiet eben auf den Dächern mit Solarflächen ausgestattet werden. Dann hat man zumindest die solaren Flächen wie bei der Landwirtschaft oben und kann darunter noch agieren. Andersrum funktioniert es nach der Regionalplanung durch die Privilegierung nicht. Insofern würde ich Ihnen das auch nahelegen, das fachliche Votum aufzunehmen. In diesem Fall könnte man, glaube ich, da mitgehen.

Der Vorsitzende: Also es kommt selten vor, ich gebe eine andere Empfehlung ab. Wir kommen jetzt zu den Entscheidungen, und ich rufe jetzt den Änderungsantrag von Herrn Stadtrat Dr. Schmidt auf, dass wir diese Fläche aus der Solargeschichte rausnehmen. Ich empfehle alternativ, diese Bedenken aus dem Ortschaftsrat in die Stellungnahme aufzunehmen, aber ansonsten die Fläche drin zu lassen, und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Jetzt stelle ich unter 12.1 in der neuen Fassung die Teilfortschreibung Solarenergie zur Abstimmung. In der neuen Fassung dahingehend, dass wir diese Gebietskulisse nochmal angepasst haben, nur dass Sie verstehen, worum es geht. Die Bedenken werden wir einbauen. Das ist ja klar, kein Thema, und wenn es dann noch einen Beschluss gibt, reichen wir den auch nach. Ist jetzt klar, worüber wir abstimmen? Alles klar, dann ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
3. April 2024